

INHALT

1. Dringlichkeitsdebatte über Attacke von Würzburg
2. Staatsvertrag für überregionales norddeutsches Überwachungszentrum geschlossen
3. CDU: Die EU muss wieder für Freiheit, Wohlstand und Frieden stehen
4. CDU warnt im Landtag vor Scheitern von TTIP und CETA
5. Schiffskredite wurden übereilt erworben
6. SPD, Grüne und SSW beschließen neues Landeswassergesetz
7. Auto- und Bahnfahrer sollen aktueller informiert werden

20.07.2016

Dringlichkeitsdebatte über Attacke von Würzburg Günther warnt vor Relativierung der Auswirkungen auf Schleswig-Holstein

Auf Antrag der FDP debattierte der Landtag heute im Wege der Dringlichkeit über Folgerungen aus der Attacke von Würzburg. Am Dienstag hatte ein junger Mann in einem Zug nahe Würzburg Menschen mit Axt und Messer attackiert. Er wurde zunächst als 17-jähriger Afghane, der vor etwa zwei Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen war, identifiziert. Mittlerweile bezweifeln Ermittler allerdings sowohl die Herkunft als auch das Alter des Täters, der mehrere Menschen zum Teil schwer verletzte. Die Debatte stand natürlich im Zusammenhang mit der vorhergehenden über den Antrag der CDU, die Sicherheitskräfte besser auszustatten und auszurüsten.

Deutlich wurde, dass solche sich schnell radikalisierende Einzeltäter schwer vor ihrer Tat zu erkennen sein werden. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther warnte allerdings davor, die Diskussion über die Auswirkungen für Schleswig-Holstein zu relativieren. „Eine 100-prozentige Sicherheit gegen Terror gibt es natürlich nicht. Aber es ist unsere Pflicht unsere Sicherheitsbehörden optimal auszustatten“, so Günther. Zum einen müsste genügend Personal für Polizei und Verfassungsschutz bereitgestellt werden. Zum anderen müsse die technische Ausstattung den gestiegenen Anforderungen angepasst werden. „Dazu gehört, dass wir uns damit sachlich auseinandersetzen. Die Frage der Videobewachung darf nicht ideologisch diskutiert werden“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

Link zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4469.pdf>

Staatsvertrag für überregionales norddeutsches Überwachungszentrum geschlossen

CDU fordert bessere Ausstattung für Polizisten



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Gemeinsam mit den Regierungsfraktionen hat die CDU heute dem im Ursprung noch auf ihre Regierungszeit zurückgehenden Staatsvertrag für ein überregionales norddeutsches Überwachungszentrum der Telekommunikation zugestimmt. Künftig wird es ein von den norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam betriebenes "Rechen- und Dienstleistungszentrum Telekommunikationsüberwachung Polizei" (RDZ) geben.

Die Verantwortung über jede einzelne Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme soll in der Hoheit des jeweiligen Landes verbleiben. Sitz der Einrichtung wird Hannover sein. Der Staatsvertrag ist mit den Datenschutzbeauftragten der fünf Länder abgestimmt worden.

Wesentlich intensiver wurde über den Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) diskutiert, die Polizeikräfte angesichts der gestiegenen Gefahr terroristischer Anschläge besser auszubilden und auszurüsten. Die Regierungsfraktionen zeigten sich überzeugt, dass die Polizei in Schleswig-Holstein vergleichsweise gut aufgestellt sei. Allerdings waren sie bereit, den Antrag weiter im Ausschuss zu beraten. „Seit Monaten besteht eine hohe Bedrohungslage in Deutschland. Und die Anschläge zuletzt in Nizza und die Vorfälle von Würzburg zeigen, wie groß die Gefahr ist. Sollte es zu einem Terroranschlag kommen, kann jeder Polizeibeamte in die Situation kommen, sich bewaffneten Kräften gegenüberzusehen. Hierauf müssen wir unsere Polizisten ausreichend vorbereiten“, hatte CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein zuvor gefordert. So müssten Schutzausrüstungen der Klasse 4 ebenso dezentral verfügbar sein, wie schwere Waffen. Auch müssten alle Polizisten so fortgebildet werden, dass sie bewaffnete Terroristen vorübergehend in Schach halten könnten.

Natürlich müsse das oberste Ziel in der Verhinderung von Anschlägen liegen. Deshalb dürfe die Überwachung von Gefährdern nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Abschließend wies der Abgeordnete darauf hin, dass auch die Vorratsdatenspeicherung ein Mittel der Terrorabwehr sei. Deshalb müsse auch das Land entsprechende Rechtsgrundlagen schaffen. Außerdem sei es notwendig, den bisher bestehenden Ausschluss der E-Mail-Kommunikation aus der Vorratsdatenspeicherung abzuschaffen.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4400.pdf>

Von der CDU-Fraktion mit beschlossener Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4000/drucksache-18-4064.pdf>

CDU: Die EU muss wieder für Freiheit, Wohlstand und Frieden stehen Landtag diskutiert über die Folgen der Brexit-Entscheidung



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Auf Antrag der Regierungsfractionen hat sich der Landtag heute mit dem britischen Referendum über den Austritt des Landes aus der Europäischen Union befasst. Für die Landesregierung hielt Ministerpräsident Albig dazu einen mündlichen Bericht. Redner aller Fraktionen bekundeten ihr Bedauern über die Entscheidung der Briten.

Zu Beginn seiner Rede warf der Oppositionsführer und CDU-Fraktionsvorsitzende, Daniel Günther, die Frage auf, ob eine solche Diskussion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zielführend sei. An der Rede des Ministerpräsidenten übte er inhaltlich Kritik. Albig habe es verpasst, darin Begeisterung für die Europäische Union zu wecken und die Vorteile der Staatengemeinschaft aufzuzeigen. Vielmehr habe der schleswig-holsteinische Regierungschef nur Probleme benannt. Dabei lägen die Vorteile der EU klar auf der Hand. Als Beispiele nannte Günther die Entstehung und Sicherung von Arbeitsplätzen, geringere Preise durch den europäischen Binnenmarkt, den Verbraucherschutz, die Reisefreiheit und eine stärkere Stimme in der Welt. Den Menschen müsste klar gemacht werden, dass die EU nicht nur für Bürokratie und Stillstand stehe, sondern für Freiheit, Wohlstand und Frieden.

In diesem Zusammenhang kritisierte Günther die schleswig-holsteinische Umsetzung von EU-Recht. Das Land sei Meister darin, EU-Vorschriften zu verkomplizieren. Als Beispiel führte Günther die Feste Fehmarnbeltquerung an. „Wir brauchen uns doch nur die Prozesse diesseits und jenseits der Grenze anzuschauen: Für beide Länder gilt der gleiche EU-Rahmen. Aber bei uns dauert alles viel länger und die Dänen fühlen sich auch noch wohler“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in der Türkei betonte der Fraktionsvorsitzende: „Wenn wir für das große Friedensprojekt Europa werben, dann ist es unverständlich, wenn wir auf der einen Seite mit Großbritannien unsere älteste Demokratie verlieren, aber auf der anderen noch immer Beitrittsverhandlungen mit der Türkei führen.“ Dieser Widerspruch sei den Menschen nicht vermittelbar.

CDU warnt im Landtag vor Scheitern von TTIP und CETA Regierungsfraktionen lassen Tendenz zur Ablehnung erkennen



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN (Links siehe unten) diskutierte der Landtag über die in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen TTIP und CETA zwischen den USA und der EU. CDU und FDP bekannten sich klar zu den Abkommen, stellten allerdings Forderungen – beispielsweise über die Beibehaltung der Standards des deutschen Verbraucherschutzes. Die PIRATEN dagegen wollten beide Abkommen stoppen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Johannes Callsen, legte in seinem Debattenbeitrag den Focus auf die Bedeutung des Abkommens für die schleswig-holsteinischen Unternehmen.

„Gerade für unsere im Vergleich mit wenig Personal und Finanzmitteln ausgestatteten kleinen und mittelständischen Unternehmen hat TTIP eine zentrale Bedeutung bei der Internationalisierung der Handelsbeziehungen“, so Callsen. Sie seien häufig sehr innovativ, aber zugleich besonders schutzlos im Falle einer Verletzung ihrer Urheberrechte auf dem Weltmarkt.

Scharfe Kritik übte Callsen an SPD-Fraktionschef Stegner, der für die SPD eine Ablehnung von TTIP angekündigt hatte. „Wenn Verhandlungen feststecken, dann muss man aktiv dafür werben und kämpfen, so dass die Regeln für den internationalen Handel mehr nach europäischen Vorstellungen gestaltet werden können“, so Callsen. Jedem müsse aber auch klar sein, dass das Ergebnis ein Kompromiss sein werde. Wer mit 100-Prozent-Forderungen aus Verhandlungen heraus gehen wolle, könne nur scheitern. „Aber es darf hier auch niemand glauben, dass ein Scheitern bedeuten würde, dass dann in Europa alles wie bisher weiter läuft. Nein, dann machen die Regeln eben andere und ohne uns in Europa. China und die USA verhandeln nämlich auch gerade. Und dieser Markt wird uns zukünftig seine Handelsregeln diktieren, wenn wir in Europa nicht schneller sind“, warnte Callsen.

In der Landtagsdebatte ließ Stegner im Gegensatz zu Grünen und SSW zwar keine klare Position erkennen. Die Abstimmung über die Anträge zeigte allerdings eine klare Tendenz. Die befürwortenden Anträge von CDU und FDP wurden durch die Regierungsfraktionen abgelehnt. Der Antrag der PIRATEN mit dem Ziel, beide Abkommen zu stoppen, wurde gegen den Willen der antragstellenden Fraktion in den Ausschuss überwiesen.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4165.pdf>

Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4200/drucksache-18-4253.pdf>

Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4200/drucksache-18-4299.pdf>

Schiffskredite wurden übereilt erworben

CDU kritisiert Vorgehensweise der Regierung bei HSH-Nordbank



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher

Aufgrund der Auflage der EU-Kommission muss die HSH Nordbank bis zum Februar 2018 verkauft sein - sonst wird sie abgewickelt. Ende Juni haben Schleswig-Holstein und Hamburg von der HSH Nordbank faule Schiffskredite in Höhe von fünf Milliarden Euro übernommen. Die von den Ländern gegründete Holding hsh portfoliomanagement AöR hält nun Kredite für 256 Schiffe. Auf Antrag der FDP berichtete Finanzministerin Heinold heute – soweit dies bankenrechtlich möglich war – über Details.

Für CDU-Finanzexperte Tobias Koch blieb es auch nach dem Bericht dabei: „Sie haben der Übernahme der faulen Schiffskredite von der HSH Nordbank zugestimmt, ohne zu wissen, was sie damit eigentlich kaufen“, sagte er an die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW gerichtet.

Im Dezember sei die Herausgabe relevanter Informationen noch mit der Begründung abgelehnt worden, dass das Portfolio zunächst festgelegt werden müsse. Als dies dann Anfang des Jahres geschehen war, hieß es, der Landtag könne die Informationen erst bekommen, wenn uns die Schiffskredite auch gehören – also erst nach dem Kauf. „Und nach dem Kauf heißt es jetzt: Die Geheimhaltungsinteressen der Kreditnehmer seien höher zu bewerten als die parlamentarischen Kontrollrecht“, so Koch.

Die Übernahme der faulen Schiffskredite sei quasi der Preis gewesen, den die Landesregierung für eine letzte Galgenfrist bezahlt habe. Koch bezweifelte, dass es sich tatsächlich um die schonendste Lösung für den Steuerzahler handle. Denn dieser Behauptung der Finanzministerin lag die Annahme zugrunde, dass die Bewertung der Gutachter zutrifft und aus dem Kaufpreis von 2,4 Milliarden Euro keine weiteren Verluste resultieren. Die zweite entscheidende Annahme der Landesregierung sei dagegen bereits heute widerlegt. Allen Berechnungen der Landesregierung habe die Annahme zugrunde gelegen, dass die Länder mit maximal 7 Milliarden Euro in Anspruch genommen würden. Heute gehe die HSH Nordbank

bereits von einer Inanspruchnahme von 7,5 Milliarden Euro aus. Und auch diese Zahl könne sich in Abhängigkeit von der Entwicklung der Schifffahrtsmärkte und der Wechselkurse weiter erhöhen.

Koch: „Statt im letzten Dezember einen Blankoscheck des Landtages auszustellen wäre es deshalb richtig gewesen, die Vorlage der Bewertungsgutachten abzuwarten und erst im April über die Annahme der EU-Vereinbarung zu entscheiden, so wie es die CDU-Fraktion vorgeschlagen hatte.“

Die fahrlässige und voreilige Entscheidung des Landtages im letzten Dezember könne die Steuerzahler am Ende mehrere Milliarden mehr kosten, als das bei einer Abwicklung im letzten Jahr oder zu Beginn dieses Jahres der Fall gewesen wäre. Dafür trage allein diese Landesregierung die Verantwortung!

SPD, Grüne und SSW beschließen neues Landeswassergesetz CDU befürchtet negative Folgen für Tourismus



Klaus Jensen, MdL

Künftig gelten neue Abstandsregelungen für Bauten im Küstenbereich. Sie werden an die Vorgaben im Landesnaturschutzgesetz angelehnt. Der fischereipolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Klaus Jensen, sprach sich in seinem zu Protokoll gegebenen Debattenbeitrag dafür aus, maßgebliche Regelungen des Küstenschutzes auch im Landeswassergesetz aufzunehmen. Die von den Koalitionsfraktionen vorgenommenen Änderungen setzten jedoch falsche Akzente.

Die Abstandsregelungen würden künftige Entwicklungen im Tourismus deutlich erschweren. Viel wichtiger sei aber die Tatsache, dass in die Entscheidungshoheit der Gemeinden vor Ort massiv eingegriffen werde. Jensen: „Das lehnen wir strikt ab! Wir sind der festen Überzeugung, dass solche Entscheidungen deutlich besser vor Ort gefällt werden können.“

Kritisch sehe die CDU auch die Regelungen zum Elbeabschnitt von Geesthacht bis Lauenburg. Die Region habe den deutlichen Wunsch geäußert, diese Hochwasserschutzanlagen in die Landeshoheit zu übergeben. „Ein Wasser- und Bodenverband ist mit solch einer großen Aufgabe personell und finanziell schlicht überfordert“, so Jensen.

Link zur von der CDU abgelehnten Berichts- und Beschlussempfehlung:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4357.pdf>

Auto- und Bahnfahrer sollen aktueller informiert werden
Piraten-Anträge über Mobilitätsinformationen werden im Ausschuss weiter beraten

Wer auf schleswig-holsteinischen Straßen unterwegs ist, soll bei Brückensperrungen künftig besser über das Navigationsgerät mit Verkehrsinformationen versorgt werden. Zudem sollen Bus- und Bahnpassagiere aktueller informiert werden. Das fordern die Piraten in zwei Anträgen, über die der Landtag heute diskutierte.

Für die CDU-Fraktion signalisierte der medienpolitische Sprecher, Dr. Axel Bernstein, die Bereitschaft, über die Piraten-Anträge inhaltlich im Ausschuss zu diskutieren.

Konkret geht es darum: Um Autofahrer besser zu informieren, soll das Land öffentliche Brücken, deren Sanierung, Abriss oder Neubau absehbar ist, an die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) melden, mit der Bitte, diese an den sogenannten Traffic Message Channel (TMC) zu melden. Über TMC werden Verkehrsbeeinträchtigungen digital an die Navigationssysteme gesendet, die dann zielführend den Lenkern bei Stausituationen in Echtzeit helfen, um diese zu umfahren.

Außerdem soll die Landesregierung bei Vertragsverhandlungen mit Auftragnehmern aus dem Bereich des öffentlichen Nahverkehrs die Bereitstellung von Mobilitätsinformationen nach dem Open-Data-Prinzip verpflichtend machen.

Beide Anträge werden im zuständigen Wirtschafts- und Verkehrsausschuss weiter beraten.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de